

## INSIDE Spezial

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 30. Mai 2013

### Inhalt:

- › **Abstimmungen vom 9. Juni 2013, Parolen FDP.Die Liberalen Aargau.** (S. 1)
- › **Südwestumfahrung Brugg: Jetzt abstimmen!** (S. 2)
- › **Freiheitliche Politik: Fragen und Antworten zum Wohlstand in der Schweiz.**  
Ansprache von Fraktionspräsident Daniel Heller am Fraktionsausflug vom 28. Mai 2013 ( S. 2)

### Abstimmungsparolen FDP.Die Liberalen Aargau

gefasst am Parteitag vom 7. Mai 2013 in Villmergen

#### Eidgenössische Vorlagen vom 9. Juni 2013

- 1) Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» **NEIN**
- 2) Dringliche Änderungen des Asylgesetzes **JA**

#### Kantonale Vorlage vom 9. Juni 2013

- 3) Brugg/Windisch: K 128, Südwestumfahrung Brugg; Kreditbewilligung **JA**

### Termin-Hinweis:

Der kantonale Parteitag vom **Dienstag, 20. August 2013**, wird verschoben auf

**Mittwoch, 28. August 2013.**

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Schon abgestimmt?



Am 9. Juni JA zur Umfahrung von Brugg

Aus Liebe zum Aargau –  
mehr Lebensqualität zwischen Rhein, Jura und Aare.

JA zu Brugg und Windisch!

SÜDWESTUMFAHRUNG

BRUGG



[www.suedwestumfahrung-brugg.ch](http://www.suedwestumfahrung-brugg.ch)

Fraktionsausflug 28. Mai 2013, Bezirk Laufenburg

### Freiheitliche Politik

Fragen und Antworten zum Wohlstand in der Schweiz

Ansprache von Dr. Daniel Heller, Präsident der FDP-Grossratsfraktion, Erlinsbach



**In Brüssel kämpfen seit Monaten die Politiker Europas gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. Ausgelöst hat sie die Finanzkrise 2008, verstärkt wurde sie durch die hohen Staatsverschuldungen und die Fehlkonstruktion des Euro-Währungsraums. Das Grundproblem des europäischen Währungsraumes bleiben die disparaten Wirtschaftsräume und Mentalitäten. Salopp gesagt: Niemand hat den Südeuropäern gesagt, dass sie Deutsche werden müssten. Und niemand hat den Deutschen gesagt, dass sie die Südeuropäer finanzieren müssen. Viele europäische Volkswirtschaften stagnieren nicht nur, sie schrumpfen: Krisennachrichten erreichen uns aus Zypern, Portugal, Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland. Die Griechen brachen mit einem Minus von 6 Prozent beim BIP im 4. Quartal 2012 einen Negativrekord. Besser geht es Deutschland, besser geht es uns in der Schweiz. Die Frage ist naheliegend: Wie beeinflussen sich Politik, politisches System und Wohlstand gegenseitig?**

Geschichtliche Hinweise sind genügend da: Die Französische Revolution eskalierte in Gewalt, als in der Hauptstadt Paris für die grosse Mehrheit die Brotpreise unerschwinglich wurden. In der Weimarer Republik stimmte eine Mehrheit der Deutschen für antidemokratische Parteien, nachdem die grosse Weltwirtschaftskrise nach 1929 für viele die Lebensperspektiven zerstörte. Dass andere Demokratien in den politisch turbulenten 30er Jahren nicht in die Hände des Faschismus gefallen sind, verdanken sie weniger ihrer Wirtschaftsleistung als einer gefestigteren demokratischen Tradition.

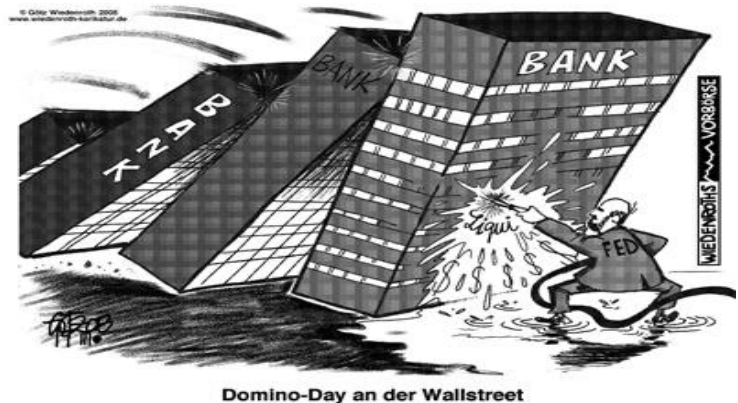


## Immer mehr Wutbürger

Wie labil heute die wirtschaftliche und politische Lage in Europa ist, zeigten uns vor allem die Wahlen in Italien: Die Hälfte der Italiener hat für Parteien und Listen gestimmt, die aggressiv antieuropäische Parolen vertreten. Neue Parteien wie Piraten und Grillini wachsen in Wahlen von Null auf zweistellige Prozentzahlen. „Wutbürger“ und ihre Sprachrohr, die populistischen Politiker nehmen vor allem den Deutschen Sparkurs ins Visier. Auch an anderen Orten in Europa ist die Lage ungemütlich: In Paris schimpft die extreme Rechte lauthals über die Sparvorgaben aus Berlin und Brüssel. Schon 32 Prozent der Franzosen befürworten die anti-Europa Parolen des Front National - so eine neue Umfrage.

## Ratlosigkeit und Reformunfähigkeit

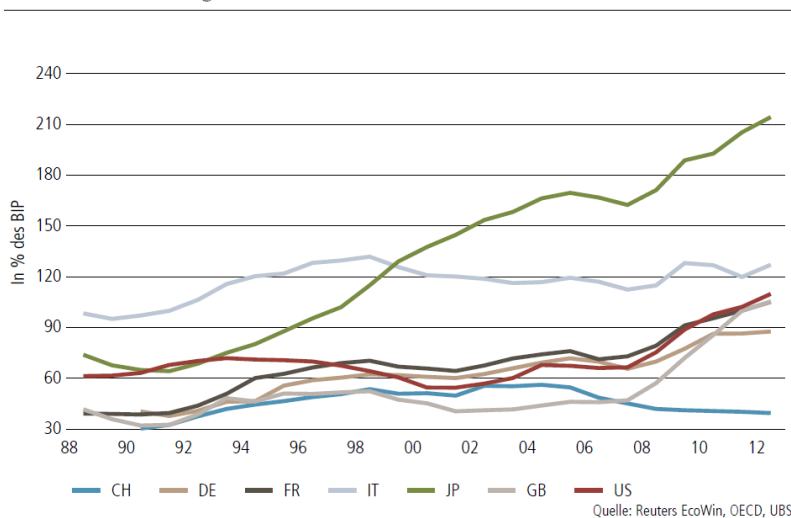
Sogar die französischen Sozialisten murren. Der Sparkurs ihres Präsidenten Hollande passt ihnen nicht: Bis in die Pariser Regierung ertönen Stimmen, die verlangen, man solle das Budgetdefizit schlittern lassen. Als Lösung wird propagiert, den Euro abzuwerten; französische Minister fordern Berlin auf, die deutschen Löhne zu erhöhen, um einen Teil der verlorenen Konkurrenzfähigkeit zurückzuerlangen. In allen Krisenländern gibt es extreme Kräfte, die den Ausstieg aus dem Euro und die Rückkehr zu den Landeswährungen verlangen. Die Liren, Peseten und Drachmen könnte man dann wieder abwerten, so die Exportwirtschaften sanieren und quasi ohne weitere eigene Anstrengung wieder mit der deutschen Exportmaschine gleichziehen.



## Schuldenkrise, Bankenkrise, Finanzkrise

Das ist natürlich Unsinn. Die deutsche Wirtschaft ist stark, weil sie tiefgehend reformiert wurde und weil sie auf Lohnmässigung gesetzt hat. Das im Gegensatz zu Frankreich und Italien. Wirtschaftsexperten sind sich einig, dass ein Euro-Ausstieg von grossen Ländern wie Frankreich oder Italien eine Kettenreaktion auslösen würde. Wenn die Franzosen den Francs wieder einführen und um 25 Prozent abwerten, warum sollen die Spanier dann nicht zu ihrer Peseta zurück und diese gleich um 50 Prozent abwerten? Die Folge wäre eine Spirale aus Inflation und Rezession, das bedeutet Kaufkräfteinbruch und Massenarbeitslosigkeit. Die

## Staatsverschuldung



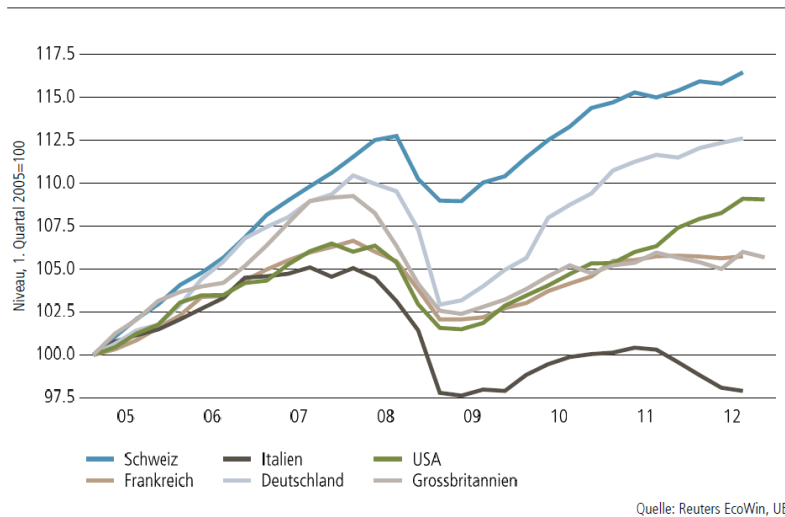
Gegenseite dieser Populisten vertreten die Pragmatiker wie Merkel, die Reformer wie Cameron und Rajoy, oder die vernünftigen Italiener wie Bersani und Monti. Ihr Problem ist, dass sie bessere Lösungen nicht umsetzen können. Ihre Wirtschaftsreformen kommen zu spät. Deutschland steht gut da, weil eine SPD-geführte Regierung vor zehn Jahren gehandelt hat. In Deutschland liegt die Arbeitslosigkeit heute bei tiefen 5,5 Prozent, während sie in Frankreich und Italien doppelt so hoch ist. Vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen Ländern dramatisch: In Griechenland und Spanien ist jeder zweite Jugendliche unter 25 ohne Arbeit.

Staatsverschuldungen steigen ungebrochen an

### Wettbewerbsnachteil: Nicht mehr finanzierbare Soziallasten

Einer der Hauptgründe für die kranken Volkswirtschaften liegt im überdehnten und nicht mehr finanzierbaren Sozialstaat. Und den haben die Politiker zu verantworten. Der starre Arbeitsmarkt ist beispielsweise der Drehpunkt der französischen Misere, mit

Reales BIP



seinem Diktat kurzer Arbeitszeiten, mit Kündigungsverbot und mit permanenter Regierungseinmischung. Während für ein Jahressalär von 40'000.- EUR ein Betrieb in Deutschland insgesamt 48'000 EUR aufwenden muss, um Nebenkosten und Sozialabgaben zu berappen, sind es in Frankreich 59'000 EUR. In Frankreich bewirkt der Sozialstaat Arbeitskosten, die 11% über den deutschen liegen. Frankreichs Lohnstückkosten sind seit 2000 um 30% angestiegen, primär dank Ausbauten beim Sozialstaat. Die Quittung dafür ist der Verlust von über 700'000 industrielle Arbeitsplätzen in 10 Jahren. Der Minister der «Sozial- und Solidaritätswirtschaft», Benoît Hamon,

kündigte im letzten Herbst 100 000 neue Stellen für Junge an. Stattdessen sind heute zusätzlich Zehntausende arbeitslos geworden. Solange die Regierung Hollande lediglich Kosmetik betreibt, wird sich daran nichts ändern. Die Drohung Firmen, die auf französischem Boden Werkstätten schliessen, zu verstaatlichen und die Konkurrenz aus Asien mit Strafzöllen fernzuhalten, sind Ausdruck von Hilflosigkeit. Geradezu grotesk ist die Forderung an die Deutschen, ihre Löhne anheben!

Zwei Lehre aus diesen Beobachtungen: Wenn die Krise voll durchbricht, sind zwar heute die Demokratien an sich nicht gefährdet, wie in den 30er Jahren. Aber schmerzhaftre Strukturreformen im Arbeitsmarkt oder im Sozialsystem sind andererseits heute realpolitisch fast unmöglich. Der Verlust der Mehrheiten oder die Angst vor der Abwahl verhindern, dass es zu Remedur kommt. Ordnungspolitische Rosskuren, wie sie Margreth Thatcher Grossbritannien in den 80er Jahren verordnete, sind undenkbar. Das Europa von 2013 kennt keine Margreth Thatcher mehr. Ihr kürzlicher Tod ist geradezu symptomatisch.

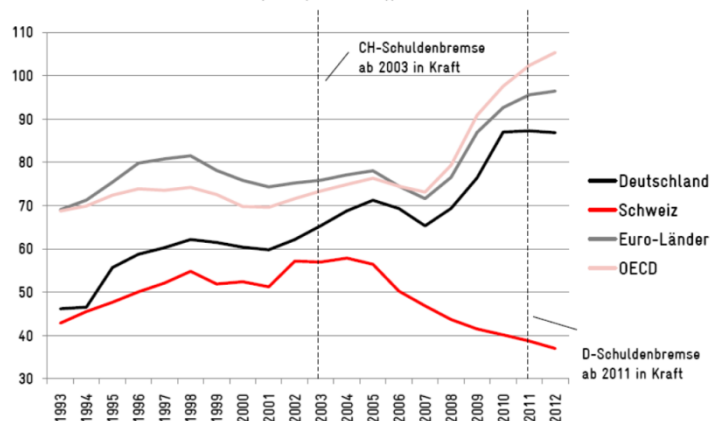
Schweizer Wirtschaft ungeschlagen

### Auch in der Schweiz: Der Wohlstand ist gefährdet

Unsere Schweizer Bilanz ist deutlich besser. In allen relevanten Dimensionen geht es uns Schweizern derzeit gut, relativ und absolut. Die Frage ist aber erlaubt: Bleibt das so? Ist die gute Bilanz auch Garant für künftigen Erfolg? Sicher: Wir dürfen stolz sein. Aber Selbstzufriedenheit ist kein guter Ratgeber, um die Zukunft zu gestalten. Auch wir brauchen Weichenstellungen, sonst ist auch unsere Zukunft gefährdet. Der heutige Wohlstand der Schweiz ist in vielem eine Erbschaft. Wir erben Wohlstand dank wichtigen und weitsichtigen Entscheiden unserer Vorfahren und dank weniger Fehlern. Unsere Politik, Gesellschaft und Wirtschaft hat rechtzeitig Reformen angepackt, und zwar schon vor Jahren. Denken wir an die Schuldenbremse. Sie hat sich als Segen herausgestellt und ihr Modellcharakter wirkt weit über die

Staatsverschuldung relativ zum BIP

(in % (1992-2012))



Landesgrenzen hinaus. Als wir in den 90er Jahren die Staatsverschuldung massiv erhöhten und die Wirtschaft stagnierte, hat unsere Politik rechtzeitig mit einem Revitalisierungs- und Reformpaket reagiert; damals drohte auch unser Land zum «Sanierungsfall» zu werden. Die Reformagenda – Deregulierung, Liberalisierung waren die Stichworte - hat sich bis heute positiv ausgezahlt.

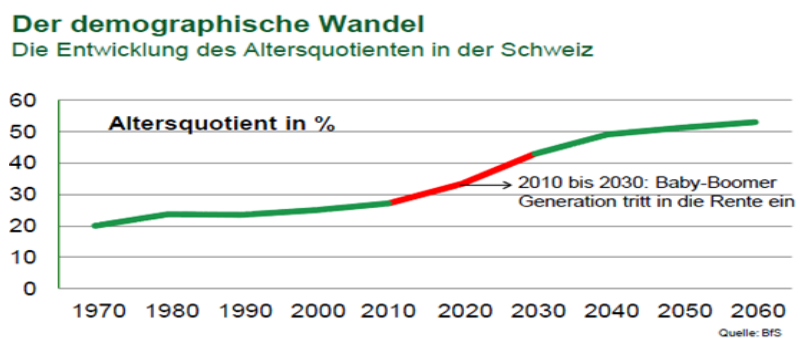
### Gesündere Finanzen, dank Schuldenbremse

Die Schweiz hat sich neben dem Föderalismus, der direkten Demokratie und dem Milizsystem ein stark liberal geprägtes Wirtschaftssystem bewahrt. Tiefer Steuerbelastung, eine massvolle (wenn auch wachsende) Staatsquote und eine marktwirtschaftliche Ordnung. Diese wird ergänzt durch ein solides Sozialversicherungswerk. Unser 3-Säulenmodell, also die AHV zusammen mit den freiwilligen und verpflichtenden Säulen der individuellen Altersvorsorge hat generationsübergreifend viel zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Eidgenossenschaft beigetragen. Das privat organisierte Krankenversicherungssystem hat uns ein zwar – wie in allen modernen Ländern - teures, aber qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen geschaffen – eines das zudem nicht verschuldet ist.

Und unser Schweizer Staatsverständnis beruht immer noch stark auf dem Milizprinzip. Im Zentrum steht der «citoyen», der aufgeklärte, mündige Bürger. Er war das Leitbild unserer Freisinnigen Staatsgründer. Er wirkt auf allen Stufen mit, und übernimmt die primäre Verantwortung. Die Schweiz hat nichts am Hut mit Staatmodell, wo der Staatsapparat als allumsorgender Gouvernante auftritt. Entsprechend kommen wir mit weniger Verwaltung und weniger Kosten aus. Mit Blick auf diese Säulen kann man also sagen: Das Fundament der Schweiz ist solide; doch wie sieht es morgen aus? Wo braucht es Verstärkungen und konstruktive Anpassungen, damit es auch noch in der Zukunft trägt?

### Sozialistische Volksinitiativen als Menetekel

Unser Modell ist heute bedroht; Volksinitiativen, wie die 1:12, die für eine neue nationale Erbschaftssteuer von 20% auf allen Erbschaften oder für die Einführung eines staatlichen Mindestlohnes weisen in eine gefährliche Richtung. Sie werden im Falle ihrer Annahme direkte Wohlstandseinbussen bewirken: Den Anschauungsunterricht dazu bietet die europäische Krisenkulisse. Neben den sozialistischen Initiativen wir haben wir auch einige ungelöste hausgemachte Probleme: Stichworte sind die demografische Entwicklung und die Kostenentwicklung in der Sozial- und Gesundheitsvorsorge. Ich erwähne die wachsende Überalterung. Kamen 2010 3 Arbeitnehmer auf einen Rentner, werden es 2030 noch 2 sein!



### Herausforderung Überalterung

Diese Probleme bilden sich bereits in der Statistik ab. Sie zeigt wo wir wachsen: Weitgehend unbemerkt haben sich in den letzten vier Jahren die Gewichte im Arbeitsmarkt markant verschoben: Im Gesundheits- und Sozialwesen wurden laut BfS 41'683 neue Stellen kreiert, in der öffentlichen Verwaltung knapp 18'000, in Erziehung und Schulen rund 10'000. Das sind alles Bereiche, die primär Kosten verursachen und mit hohen Löhnen der KMU-Wirtschaft qualifiziertes Personal abwerben. Im Gesundheits- und Sozialwesen arbeiten in der Schweiz heute über 404'000 Beschäftigte, davon alleine 123'000 in Alters- und Pflegeheimen. Die Alterung der Gesellschaft beschleunigt diese Tendenz. Um diese Leistungen zu finanzieren, muss Geld zuerst in andern Branchen verdient werden. Andererseits sind seit Ende 2008 in Industrie und verarbeitendem Gewerbe insgesamt über 22'300 Vollzeitstellen abgebaut worden. Mehr als 12'200 Stellen sind zudem in den Hotels und der Gastronomie verschwunden. Zwar hat die SNB der exportorientierten Industrie mit der Anbindung des Frankens an den Euro wieder eine gewisse Planungssicherheit gegeben. Allerdings ist der Franken auch bei 1.20 zum Euro noch deutlich überbewertet. Darunter leiden die exportorientierten Branchen. Wo wächst dann die Schweizer Wirtschaft? Zwei Faktoren begünstigen die Binnenkonjunktur:



Neben der Zuwanderung sind es die ausserordentlich tiefen Zinsen. Davon profitiert die Inlandkonjunktur, insbesondere die Bauwirtschaft. Das erklärt, warum der Bau rund 18'000 neue Stellen schaffen konnte. Wie es aber mit der Zuwanderung weiter geht, ist offen. Auch hier stehen uns zwei Volksinitiativen ins Haus, die die Einwanderung massiv begrenzen wollen. Fazit: Bei allem im Vergleich mit der EU positivem Abschneiden - Ausruhen auf unseren Lorbeeren wäre mit Sicherheit die falsche Strategie.

## Zurück zu den liberalen Prinzipien

Zurück zur Frage: Auf was muss die Politik achten, um den Wohlstand nicht zu gefährden. Als Freisinnige haben wir es einfach. Wir müssen uns nur an **unsere Prinzipien** halten:

**1. Entscheidungen sollen möglichst dezentral getroffen werden.** Das gilt in Wirtschaft und Politik gleichermaßen. Nur die Nähe zum Problem führt zu adäquaten Entscheiden. Agrarsubventionen, die in nördlichen Ländern sinnvoll sind, führen in Südeuropa zu verheerenden Fehlentwicklungen: Der Support von Viehhaltung mit Weidebeiträgen führt dazu, dass in Gebieten von Italien oder auf Griechenland durch Überweidung das fragile Gleichgewicht von Machi, Wald und Wiese empfindlich gestört wird. Das heisst, unsere föderale Kompetenzordnung ist beizubehalten.

**2. Diejenigen, die entscheiden, müssen die Konsequenzen tragen.** Damit sind wir bei der direkten Demokratie, beim Staatsaufbau und bei den Finanzen.

- Entscheide wie 6 Wochen Ferien oder Abschaffung der Wehrpflicht, werden in anderen Ländern von Regierungen mit parlamentarischen Mehrheiten gefällt. Das Volk hört man höchstens in Form von Meinungsumfragen an. Die lauten vielen politischen Anliegen gegenüber oft positiv; kein Wunder, wurden Vor- und Nachteile zum Zeitpunkt der Befragung gar nicht breit diskutiert. In Europa haben vielerorts Regierungen mit der einen Hand soziale Wohltaten verteilt und mit der anderen Pflichten abgebaut: die Wehrpflicht wurde vielerorts ausgesetzt. Das einzige Volk, das man zur Wehrpflicht befragte, ist Österreich. Die Österreicher sagten bezeichnenderweise mit 60% Nein zur Aussetzung.
- Der Bund hat nur Probleme zu lösen, die Kanton und Gemeinden überfordern. Der Versuch der Familieninitiative, Kinderkrippen auf der Stufe Bund zu regeln, war geradezu exemplarisch falsch! Es ist offensichtlich, dass dort, wo der Bürger und Steuerzahler mitentscheidet, die Probleme am unbürokratischsten, am effizientesten und kostenbewusstesten gelöst werden. Kein Wunder stehen die Finanzen der Gemeinden am gesündesten, diejenigen des Bundes am übelsten da.
- Mittelfristig sind nun allerdings auch die Gemeindefinanzen hochgradig gefährdet: Fallen noch mehr Gemeindeexekutiven in die Hände von Links Grün, werden wir unsere gesunden Haushalte sukzessive verlieren. Die empirisch belegte Studie des Politologen Hermann, der alle 2495 Schweizer Gemeinden in die Untersuchung einbezog, zeigt: Die Ausgaben in Rot-Grün beherrschten Kommunen steigen markant stärker als in bürgerlich regierten Gemeinden - in den letzten Jahren um satte 12 Prozent. Das heisst DREIMAL stärker als in bürgerlich regierten Gemeinden. Hermanns Studie belegt, dass die rot-grünen Kommunen auch schlechter mit der Wirtschaftskrise zu Rande kommen, als bürgerliche. Trotz weniger Einnahmen wird dort nämlich konsequent mehr ausgegeben: Die Folge sind Defizite und neue (höhere) Schulden.

**3. Konflikte zwischen Staat und Wirtschaft sollen nur dann zugunsten der Politik entschieden werden, wenn echte «kollektive» Güter betroffen sind.** Dazu gehören Sicherheit – bspw. Zivilschutz, Landesverteidigung, das Rechtswesen - bspw. die Polizei, die Gerichte oder der Schutz der Lebensgrundlagen. Das Zauberwort lautet Ordnungspolitik: Der Staat setzt Wirtschaft und Gesellschaft den Ordnungs-Rahmen, er greift nach Möglichkeit aber nicht in die Wirtschaft ein. Auch nach der Annahme der Abzocker-Initiative hat sich an dieser liberalen Grunderkenntnis nichts geändert.

**4. Der Bürger soll sich darauf verlassen können, dass der Staat sein Leben und Eigentum schützt.** Das Beispiel Zypern zeigt, dass wir hier einen Wendepunkt erreicht haben. EU weit gilt zwar ein Einlegerschutz; dieser wird bei erstbestener Gelegenheit durch den Federstrich einiger Brüsseler Bürokraten ausser Kraft gesetzt. Die Troika glaubt, mit einem kleinen Land wie Zypern anders umspringen zu können als mit Irland, Portugal oder Griechenland. Jetzt ist der Schaden angerichtet: Sparer in Italien und Spanien wissen, was im schlimmsten Fall auf sie zukommen wird. Das Eigentum ist auch bei uns gefährdet: Denken wir an die Volksinitiative zur Einführung einer Bundeserbschaftssteuer. Sie setzt im Falle einer Annahme durch Volk und Stände rückwirkendes Recht: Eigentumsgarantie und Rechtssicherheit würden im Falle ihrer Annahme auf Verfassungsstufe ausser Kraft gesetzt.

**5. Auch politische Entscheidungen sollen auf der Basis von Kosten und Nutzen und entsprechenden Marktpreisen getroffen werden.** Hier steht das Beispiel der Energiewende exemplarisch. Diese politisch zu beschliessen ist eine Sache. Sie mit Anstossfinanzierungen anzustossen, ist eine andere. Ein Riesenfehler ist es aber, mittels garantierter Abnahme von Strom mit hoch subventionierten Preisen ein funktionierendes Versorgungssystem wissentlich kaputt zu machen. Massenweise Konkurse in der deutschen Solarindustrie, zu viel Strom im Netz mit Negativpreisen fürs Einspeisen, hochgefährliche Netz-Schwankungen, Wertzerfall bei den grossen Energieversorgern, damit verbunden fehlende Mittel zum Investieren; am Schluss steht der Krach über den Rückbau der Subventionierung. Das sind Beispiele aus der deutschen Energiewende, die uns warnen sollten.



## Freiheitliche Politik im Zentrum

Aus diesen fünf Prinzipien folgt das **liberale Kernprinzip: Die Menschen sind frei, mit anderen Menschen Verträge abzuschliessen, um ihre Ziele zu verfolgen, solange Dritte nicht direkt betroffen sind.** Klar, es gibt immer scheinbar gute Argumente, um von diesen Prinzipien abzuweichen und von Staates wegen zu intervenieren. Wir müssen aber lernen, dem staatlichen Machbarkeitswahn aus drei Gründen zu widerstehen:

**1. Wir können die Konsequenzen neuer Regulationen nicht wirklich abschätzen.** Ein Hauptproblem jeder Regulierung ist, dass sie Probleme der Vergangenheit lösen will. Man reguliert die Finanzbranche in einem Bereich. Die nächste Krise kommt aber ganz bestimmt aus einer anderen Ecke. Militär und Politik in Frankreich der Zwischenkriegszeit zeigten es exemplarisch: Frankreich hat auch bezüglich Doktrin, Einsatz und Technologie in den 30er Jahren die Neuauflage des Ersten Weltkrieges vorbereitet. Gekommen sind dann die Wehrmacht und ein ganz anderer Krieg. Ähnlich funktionieren auch Wirtschaft und Gesellschaft: Die Regulierung von heute betrifft das Problem von gestern. Die Gefahr kommt aber von einem Problem der Zukunft.

**2. Jede neue Regelung lässt uns tiefer ins Gestrüpp von Unfreiheit und Regulation absinken. Jede Regelung ruft zudem ihrerseits nach neuen Bestimmungen.** Heute läuft es immer gleich: Eine Minderheit von Personen hat ein Problem oder macht Probleme – denken wir an Raser, Hooligans, Alkoholsüchtige, Übergewichtige, Raucher, Nichtschwimmer, Nichthelmträger, nächtliche Rauschtrinker. Die Politik erlässt husch-husch ein paar neu Regelungen; ein Verbote da, ein Gesetz dort; die grosse Mehrheit der Bevölkerung wird eingeschränkt; Ironie des Schicksals ist, dass die Zielgruppe oft gar nicht getroffen werden, weil sie sich eh nicht an die Regeln halten. Die gegenwärtige ausufernde Verbotskultur beim Alkoholverkauf wird den Erfindergeist unserer Kids nur noch anstacheln, oder um mit dem französischen Philosophen und Gesellschaftskritiker Michel Foucault zu reden: **Jedes Verbot ist ein heimliches Gebot.** Der ständerätliche Entscheid zum Alkoholverkauf am Abend ist ein weiterer Meilenstein einer landesweiten Fürsorge- und Verbotskultur.

**3. Die Menge an bürokratischen Auflagen und Bestimmungen ist schon heute viel zu gross. Sie erschwert die Schaffung von Wohlstand.** Wenn immer mehr Aufgaben und Pflichten an den Staat delegiert werden, wenn immer mehr Regeln den gesunden Menschverstand ersetzen, der bei einem überwiegenden Teil der Bevölkerung vorhanden ist, dann interessieren uns diese Aufgaben und Pflichten gar nicht mehr. Die Folgen sind Einschränkung der persönlichen Freiheit, geistige Stagnation, praxisferne Öde und eine Lähmung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austausches. Nicht die Schweizer Tugenden wie Fleiss, Pünktlichkeit und Ordnung werden hier aufs Spiel gesetzt, sondern die Eigenverantwortung, die dynamische Selbstbestimmung, die Entscheidungsfreudigkeit und der freie Geist. **Leben ist auch Wagnis, Erfolg beruht auch**

**auf Scheitern und Entwicklung auf Wettbewerb.** Genau auf diese Werte ist der Staat aber angewiesen, wenn er die enormen Mittel für seine Tätigkeiten weiter abschöpfen will.

Wirtschaft und Politik hängen also sehr wohl eng zusammen. Die EU bietet der Schweiz seit Jahren Anschauungsunterricht, wie eine Verletzung der genannten politischen Prinzipien zu Arbeitslosigkeit, zu Hungerlöhnen, zu staatlichem Raub von Bankeinlagen und Pensionsgeldern, zu Kapitalverkehrskontrollen und schliesslich zu sozialer und politischer Unrast führen. Die Schweiz tut gut daran, diesen Anschauungsunterricht ernst zu nehmen. Wir müssen lernen, die Resultate, die im freien Markt entstehen, zu akzeptieren, auch wenn das hin und wieder schwer ist. Und wir müssen uns gegen die Flut an staatlichen Vorschriften in allen Bereichen mit intellektuellem Widerstand und mit politischen Mitteln wehren. Dazu lade ich Sie als Freisinnige ein, einmal mehr!